

Engagement neu denken:

Perspektiven der Engagementpolitik nach 2015 und nach 2020

Auftakt Webinar-Reihe, 18. Juni 2020, 11-13 Uhr

Moderation: Bettina Jarasch, MdA (Sprecherin für Integration und Flucht) und Susanna Kahlefeld, MdA (Sprecherin für Partizipation und Beteiligung)
Protokoll: Pola Böhm, Büro Bettina Jarasch



Foto by Shane Rounce
on Unsplash

Susanna Kahlefeld begrüßt die Teilnehmenden und erläutert Anlass und Zielsetzung der Auftaktveranstaltung der Webinar-Reihe „Engagement neu denken: Perspektiven der Engagementpolitik nach 2015 und nach 2020“. Fünf Jahre nach 2015 ist die engagierte Zivilgesellschaft in der Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer sozialen Folgen erneut besonders gefordert. Genau wie 2015, als flächendeckend die Zivilgesellschaft in vielen unterschiedlichen Projekten und Initiativen Antworten auf die Herausforderung gefunden hat eine größere Zahl gleichzeitig in Deutschland ankommender Geflüchteter aufzunehmen und zu integrieren, reagieren heute zivilgesellschaftliche Organisationen mit großem nachbarschaftlichem und solidarischem Engagement, knüpfen breite zivilgesellschaftliche Bündnisse und engagieren sich in professionellen Arbeitsstrukturen.

Die **Studie** „Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise“ **der ZiviZ gGmbH** (Zivilgesellschaft in Zahlen) formuliert ähnliche Ergebnisse und analysiert Strukturen des ehrenamtlichen Engagements während der Corona-Krise (wird im Folgenden von Dr. Holger Krimmer vorgestellt →Link zur Studie: https://www.ziviz.de/medien/freiwilliges_engagement_corona-krise). Einige Muster von 2015 wiederholen sich: die schnelle und passgenaue Reaktion der Initiativen, die Innovationskraft in Nachbarschaften, die Fähigkeit, sich selber zu organisieren.

Bei der Auftaktveranstaltung soll ein neues **Selbstbewusstsein von Engagement** und hoffentlich auch ein **neues politisches Verständnis von Engagement** diskutiert werden. Diesen Fragen wird dann in einer Webinar-Reihe nachgegangen, mit dem Ziel konkrete Forderungen an Politik und Verwaltung für eine gute Engagementpolitik zu entwickeln, damit Engagement einen zukunftsfähigen und dauerhaft (nicht nur in Krisenzeiten) tragfähigen Rahmen erhält. Die Folgeveranstaltungen werden sich diesen Themen widmen:

1. Unterstützungsstrukturen für zivilgesellschaftliches Engagement
2. Neue Wege der Finanzierung ehrenamtlichen Engagements
3. Demokratiefördergesetz für das Land Berlin

Diskussionsinputs von:

- **Dr. Holger Krimmer**, Geschäftsführer der ZiviZ gGmbH
- **Dagmar Albrecht**, Projektkoordination House of Resources Berlin / Fundraising Interkular gGmbH
- **Carola Schaaf-Derichs**, Geschäftsführerin der Freiwilligenagentur Berlin

Die Veranstaltung wird aufgezeichnet, aus Datenschutzgründen weist Susanna Kahlefeld die Teilnehmenden darauf hin.

Engagement neu denken: Perspektiven der Engagementpolitik nach 2015 und nach 2020

Dr. Holger Krimmer, ZiviZ gGmbH:

Am Anfang der Studie stand die Frage, ob in der durch die Corona-Regulierungen bestimmten Situation die Einnahmen von zivilgesellschaftlichen Projekten gesunken sind bzw. ob die Krise die Vereine und Nachbarschaftsinitiativen vor finanzielle Schwierigkeiten gestellt hat. Normalerweise werden in den Studien von ZiviZ alle großen Organisationen befragt, aber jetzt ist die Situation anders gelagert. Um schnelle Ergebnisse zu erzielen, ist eine Blitzstudie mit über 50 qualitativen Interviews gemacht worden. Es wurde konkret gefragt: „Wie lief es in den vergangenen Monaten in den Kommunen, in Sportvereinen, in der Soziokultur?“

Ergebnisse: Das spontane Engagement in Kommunen und im ländlichen Raum ist enorm, es ist zu beobachten, dass das Engagement in dieser Krise sehr viel mehr geworden ist, und zwar im Zusammenhang von und jenseits der organisierten Akteure. Es gibt ebenfalls eine enorme Kreativität in Bezug auf das Engagement und dessen Bandbreite.

Nun kann man fragen: Ist das ein spontaner Impuls oder gibt es eine Verstetigung? Erreicht das derzeit beobachtbare Engagement auch bisher nicht organisierte Zielgruppen? Ist eine Verstetigung wünschenswert?

Die Hauptprobleme in Bezug auf die ökonomische Lage – kurzfristig gesehen: Die normalerweise tragfähigen Finanzierungsmixe aus wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, Spenden, Mitgliederbeiträge sind unterschiedlich betroffen: Es sind große Probleme bei Organisationen zu verzeichnen, deren Haupteinnahmen aus wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb oder auch aus Spenden wegbrechen, z.B. im Kulturbereich, bei soziokulturellen Zentren, Bildungswerken, großen Sportvereine in urbanen Regionen, muslimischen Glaubensgemeinschaften, Jugendzentren, Stadtteilzentren etc. Viele dieser Vereine und Organisationen stehen kurz vor der Insolvenz.

Die Hauptprobleme in Bezug auf die ökonomische Lage – langfristig gesehen: Die Wirtschaftsprognosen der Europäischen Union rechnen mit einer europaweiten Rezession, es ist gut möglich, dass eine Phase auf uns zukommt, in der massiv gespart werden muss. Eine solche Entwicklung wird auch große Unternehmen und deren Kapazitäten von Sponsoring/CSR betreffen – viele zivilgesellschaftliche Projekte, z.B. Kulturbetriebe, haben deshalb die Sorge, dass bisher bis Ende des Jahres zugesagte Finanzierungen wegbrechen. Wenn Projekte wegfallen, vergrößert sich in diesen Branchen das Risiko von Arbeitslosigkeit.

Digitalisierung stellt sich gleichzeitig als Ausweg und neue Herausforderung dar: Social Distancing erlaubt nur Aktionen, die digital funktionieren; damit gelangen digitale Kommunikationsformen und digitale Formate raus aus der Nische. Es gibt Erfolgsbeispiele wie digitale Seelsorge, andere Inhalte wie etwa Selbsthilfe funktionieren digital nicht so gut. In Bezug auf die Instrumente besteht, wie in vielen anderen Bereichen auch, ein Konflikt zwischen Datensicherheit und digitaler Handlungsfähigkeit (es muss auch gut und user-friendly funktionieren). Ein Problem ist der Generationen-Gap: Funktionieren die Angebote und Kommunikationsstrukturen auch für Senior*innen bzw. Nicht-Digital-Natives? Einmal mehr wird auch deutlich, dass der Breitband-Netzausbau in ländlichen Regionen vorangetrieben werden muss, damit in allen Regionen auf eine gleichwertige Infrastruktur zugegriffen werden kann.

Grundsatzfrage: Ist Engagement systemrelevant? In Bestandteilen ist es das zweifellos, diese Bereiche werden aber vollkommen missachtet – dabei fehlt es nicht nur an Wertschätzung, sondern auch an konkreter Unterstützung: z.B. sollte Engagement als Begründung für Notbetreuungsplätze in Kitas gelten, nicht nur bestimmte Berufe, die als systemrelevant definiert werden.

Zivilgesellschaft wird immer noch als ein Objekt der politischen Gestaltung verstanden, nicht als Subjekt, nicht als Partnerin in der Krise und Akteurin auf Augenhöhe. Plädoyer für einen Zivilgesellschaftsgipfel im Bundeskanzleramt, damit verstanden wird, dass Krisenmanagement v.a. durch zivilgesellschaftliche Aktivitäten gemacht wird, hier trägt die Zivilgesellschaft mehr als Gesundheitsämter und andere öffentliche Stellen.

Dagmar Albrecht, House of Resources und Interkular:

Das Modellprojekt „House of Resources“ ist eine gut gelungene Antwort des BAMF auf die bestehende Asylproblematik: Hier werden MSOs und Vereine aus dem Bereich Migration mit ihrem ehrenamtlichem Engagement (Willkommenskultur) gestärkt. Hier konnten gute Erfahrung gesammelt werden, wie man auf gesamtgesellschaftliche Situationen angemessen reagieren kann. https://www.house-of-resources.berlin/wp-content/uploads/2020/02/Abschlusspublikation-2019_final.pdf

Zur Problembeschreibung gibt es vier Bereiche: Finanzierung, Beratung, Räume und Vernetzung.

1. Finanzierung: Finanzierungsmöglichkeiten für strukturelle Bedarfe sind nicht vorhanden, es gibt Projektfinanzierung, es braucht aber Verstetigung, man kann nicht immer nur neue Projekte erfinden. Förderstrukturen sind im alten Denken verhaftet: Es gibt Strukturförderung und es gibt Projektförderung als duales System. Um Strukturförderung neu zu denken muss ein Mittelweg gefunden werden – damit wird sich die Veranstaltung im Herbst befassen. Neue Ideen können z.B. Leistungsverträge sein; es muss eine Möglichkeit gefunden werden strukturelle Arbeit zu fördern, ohne dass Vereine „einschlafen“.

2. Beratung: In Berlin gibt es ein für den Bedarf nicht ausreichendes Angebot an Beratungsstrukturen. Wir brauchen ein Modellprojekt für dezentrale Beratung.

3. Räume: In Berlin ist diese Problematik besonders relevant, es gibt nicht genug Räume (auch wenn diese nicht rund um die Uhr, sondern z.B. für Veranstaltungen, Mitgliederversammlungen etc. genutzt werden). Raumkapazitäten sind auch eine Form von Anerkennung für Engagement.

4. Vernetzung: Es ist nicht notwendig in 12 Bezirken das Rad neu zu erfinden, überall wichtig sind Kontakte in Verwaltung und Vernetzungsstrukturen. Eine gute Netzwerkarbeit sollte den Kontakt mit Politik und Verwaltung sowie mit neuen und mit etablierten großen Wohlfahrtsverbänden erleichtern – es braucht also eine Vermittlung zwischen diesen institutionellen Ebenen.

Inzwischen ist zu beobachten, dass viele Geflüchtete selbst Vereine gründen. Zu bedenken ist, dass die Vereinsstruktur auch manche Ideen ausschließt – dann wird Gemeinnützigkeit zum Problem, nicht alle Projekte bekommen das organisiert. „Neukölln vereint“ kann ein gelungenes Beispiel für Vernetzungs-One-Stop-Agency sein; das House of Resources kann nicht die ganze Stadt abdecken, deshalb braucht es viele dezentrale Vernetzungsangebote.

Carola Schaaf-Derichs, Freiwilligenagentur Berlin:

Berichtet von der 13. Berliner Freiwilligenbörse, die in Form von digitalen Seminarreihen während der Corona-Krise veranstaltet worden ist. Themen waren u.a. Plattformzusammenarbeit Information und Beratung. Für Berlin typisch ist, dass es sehr vielfältige zivilgesellschaftliche Aktivitäten gibt.

Während der Corona-Krise waren viele Projekte in einer Art „Schockstarre“: Von 100 Beteiligten waren nur 10% in der Lage auf die neue Situation und die Restriktionen in Bezug auf Hygiene, Kontaktbeschränkung, digitale Kommunikation sofort zu reagieren. Besondere Probleme hatten interkulturelle Projekte oder auch LSBTIQ* Projekte. Aktuell ist ein Motivationswandel zu beobachten, der in die Tiefe der Organisationen, in Richtung der Zwecke etc. geht. Deshalb gibt es einen riesengroßen Beratungsbedarf, es geht nicht nur um Recruitment von Engagierten, denn viele haben sich neu erfunden, aber nicht alle konnten die neu definierten Visionen auch umsetzen. Freiwilligenagentur hat Toolkits angeboten. Die Digitalisierung war ein Hilfsmittel, aber kann nicht die Lösung für alles sein.

Engagement neu denken: Perspektiven der Engagementpolitik nach 2015 und nach 2020

Der freiwillige Sektor ist sehr vulnerabel, in einer Krisenzeit werden die Fragen

- Wie kommen wir an Geld?
- Wie organisieren wir Arbeitsprozesse neu?
- Wer ist mein*e Ansprechpartner*in?

sehr dringend und die Forderung nach Krisensicherheit wieder aktuell. Die Berliner Tafel ist ein gelungenes Beispiel für gutes Krisenmanagement, und konnte einen enormen Zulauf an neuen Freiwilligen verzeichnen.

Nach einer operativen Schockstarre folgt jetzt bei vielen Projekten eine mentale Schockstarre, neue Spaltungsproblematiken werden sichtbar.

Seit 2015 hat der Sektor viel gelernt, klar ist: Digitalisierungsprozesse müssen neu aufgestellt und auch politisch unterstützt werden.

- 1. Digitalpaket:** Benötigt werden technische Ausstattung und ausgebildete Fachkräfte als Teil der Teams.
- 2. Es braucht viel mehr Plattformen für Austausch:** Die Strukturen für sektoren- und bezirksübergreifende Zusammenarbeit und Zusammenarbeit zwischen Senat/ Bezirken/ Unternehmen/ Vereinen müssen gestärkt werden.
- 3. Mehr Zusammenbeitskultur:** Als Ergebnis der Engamentstrategie im Land Berlin müssten Netzwerkstrukturen zwischen den politischen Ebenen von Land und Bezirk und den zivilgesellschaftlichen Initiativen etabliert werden. Bezirkliche Freiwilligenagenturen müssten, als ein Puzzleteil in der Gesamtstruktur, diese Vernetzungsarbeit leisten.

Eine Forderung an die Politik ist eine konkrete Netzwerkförderung und Kooperationskultur/ Beratung (im Sinne von „Good Governance“). Es müssen ähnliche Krisenstrukturen wie zwischen Politik und Wirtschaft etabliert werden; Rettungsschirme reichen nicht, es reicht nicht Geld auszuschütten. Stattdessen braucht es eine krisensichere Zusammenarbeit, z.B. auch in Bezug auf Rassismus und andere hochaktuelle Spaltungstendenzen. Unabdingbar ist auch eine besser verankerte Civic Education in Schulen.

Zivilgesellschaftliche Projekte sind Seismographen für die Entwicklung der Gesellschaft und sollten deshalb politisch mehr Beachtung erfahren.

Bettina Jarasch eröffnet mit einigen Fragen die Diskussion: Was lernen wir aus Corona („mentale Schockstarre“), was Solidarität und Spaltung angeht? Wie können vulnerable Gruppen besser in Krisen unterstützt werden? Wie machen wir die Gesamtgesellschaft krisensicher/ resilienter? Wie können wir die Definitionen von „Systemrelevanz“ hinterfragen?

Was bedeutet das in Bezug auf

- gesetzliche andere Rahmenbedingungen?
- Unterstützungsstrukturen?
- neue Finanzierungsmöglichkeiten?

Sybill Schulz, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, ergänzt zum Thema Unterstützung von Initiativen, Projekten in den Bezirken durch das LAF, dass der Informationsfluss zu den Engagierten bezüglich Beratungs- und Fördermöglichkeiten nicht gut sei. Und fragt in die Runde wie die Informationsvermittlung besser gestaltet werden könnte. Im Rahmen des Förderprogramms KALEIDOSKOP (<http://ikmo-berlin.de/finanzieren/kaleidoskop-2020-neues-foerderprogramm-fuer-mini-projekte/>) können Mini-Projekte gefördert werden.

Antwort (über Chat) von Dagmar Albrecht: Zumindest ein Infoblatt über die Förderungen mehrsprachig herstellen, wenn noch nicht vorhanden wäre oft hilfreich.

Engagement neu denken: Perspektiven der Engagementpolitik nach 2015 und nach 2020

Reinhard Selka, Pankow hilft, merkt grundsätzlich an, dass, anders als angekündigt, bisher im Gespräch der Vergleich 2015 zu 2020 zu wenig behandelt worden ist. Es sei wichtig, den Unterschied zwischen Ehrenamt und Freiwilligenarbeit darzustellen. Er betont die politische Unabhängigkeit von informellen Initiativen, die nicht vom Staat als Geldgeber abhängen. Eine positive Entwicklung ist, dass inzwischen Fördergelder auch von nicht-juristischen Personen beantragt werden können (allerdings treffen Ausschreibungen nicht unbedingt die Bedürfnisse von selbstorganisierten Inis) – diese Fördermöglichkeiten für informelle Initiativen sollte weiter ausgebaut werden. Es gehe dabei nicht um den Zugang zu Fördertöpfen, sondern um die grundsätzliche Frage, wie durch öffentliche Gelder (oder andere Geldgeber) Strukturen gestärkt werden.

Dagmar Albrecht erläutert, dass es bei der Jugendarbeit die Möglichkeit für den Abschluss von Leistungsverträgen gibt, das sollte es auch für andere Bereiche mit Unterstützungsbedarf geben. Dafür braucht es eine gesetzliche Grundlage, müsste in einem Demokratiefördergesetz verankert werden.

Susanna Kahlefeld fragt ergänzend, wie die Zivilgesellschaft politische Prozesse beeinflussen kann. Carola Schaaf-Derichs hält das für eine Grundsatzfrage: Entscheidet sich eine Organisation für öffentliche Förderung (Projektitis-Gefahr!) oder Stiftungsförderung oder Start-Up-Förderung? Fazit: Es müsste nicht projektgebundene, strukturelle Förderung geben. Viele Organisationen verfolgen das Interesse von Eigenwirtschaftlichkeit – Existenzgründerberatung kann hierfür als Modell dienen.

Jenny Winterhagen fragt ergänzend zum Digitalpakt für die Zivilgesellschaft: Wie kann die digitale Wirtschaft adressiert und stärker unterstützend eingebunden werden? Holger Krimmer unterstreicht in dieser Frage die Wichtigkeit von Erfahrungstransfer zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft – es gibt bereits die Kompetenzen, man muss den richtigen Ton treffen, viele große Unternehmen haben selbst Förderprogramme, Politik kann hier in Form von Mediatisierung unterstützen. Beschreibt den Vergleich 2015-2020 als nicht so zwingend, nur „Krise“ reicht nicht als Basis für Vergleich.

Dagmar Albrecht hebt hervor, dass es ein enormes Gründungspotenzial in der syrischen Community gibt, hier ist der Unterschied zwischen 2015-2020 sehr spürbar, vielleicht kommt es gerade wegen der guten Unterstützungsstruktur 2015 jetzt zu einer so hohen Bereitschaft in der Community sich selbst zu engagieren.

Birgit Gust, Integrationsbeauftragte Pankow, fragt ergänzend, ob die Freiwilligenagenturen auch Geflüchtete in Unterkünften und migrantische Communities erreichen? Dazu erläutert Carola Schaaf-Derichs, dass mit Freiwilligenagenturen im Rahmen des Projekts www.beratungsforum-engagement.berlin_zusammengearbeitet wird, darüber werden über Regionalkoordinator*innen ca. 100 Unterkünfte und Ehrenamtskoordinator*innen für Geflüchtete erreicht.

Bettina Jarasch schlägt in ihrer Zusammenfassung vor, fortzufahren mit den bereits skizzierten Themen und Leitfragen, dem Nachdenken über autark machende Strukturen, dem Thema Partnerschaft/ Augenhöhe zwischen Zivilgesellschaft und Staat und der Frage, was ein Demokratiefördergesetz hier verändern kann. Fortsetzung folgt nach Sommerferien – auch mit Blick auf Wahl und nächste Legislatur.

